

„Freiburger Erklärung“

Thesen der Jungen Union Baden-Württemberg zur Jugendkriminalität.



Beschluss des außerordentlichen Landestages am 10.01.2009
in Freiburg sowie des Landesvorstandes am 19.01.2009 in Stuttgart.

- 1. Die Eltern sind gefordert.** Die Prävention und Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität im Jugendbereich beginnt für die Junge Union im Elternhaus. Nicht alle Mütter und Väter sind dieser Herausforderung allerdings gleichermaßen gewachsen. Um hier zusätzliche Unterstützung und Orientierung zu bieten, fordert die Junge Union die Ausweitung des Angebots von Erziehungskursen und Elterntrainings. Wenn Eltern ihrem Erziehungsauftrag nachweislich nicht nachkommen, sollte der Besuch entsprechender Kurse auch verpflichtend ausgestaltet werden können. Zur besseren Überwachung der Situation in kritischen Fällen fordert die Junge Union darüber hinaus eine stärkere Vernetzung und Kooperation von Ärzten und den zuständigen Behörden - welche entsprechend personell ausgestattet sein müssen - sowie eine Ausweitung und klare Definition von Meldepflichten. Darüber hinaus gilt es, die Kindergeldzahlungen direkter an das Wohl der Kinder zu koppeln. Die Junge Union spricht sich daher dafür aus, solche Zahlungen vom regelmäßigen Schulbesuch abhängig zu machen oder sie durch Sachleistungen wie beispielsweise Essensgutscheine in der Schulkantine zu ersetzen.
- 2. Chancengerechtigkeit herstellen.** Ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ist für die Junge Union ein an den individuellen Begabungen des Einzelnen orientiertes Bildungssystem, das Chancengerechtigkeit ermöglicht. Das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache ist dabei der elementare Schlüssel zur Integration. Um Probleme frühzeitig zu erkennen, plädiert die Junge Union für verbindliche Sprachstandstest und entsprechende Unterrichtsmaßnahmen bereits in den ersten Lebensjahren vor der Einschulung. Um die bewährten Konzepte vorschulischer Bildung dabei optimal mit den Lernzielen der Grundschule zu verknüpfen, spricht sich die Junge Union für die Einführung eines verpflichtenden Kinderschuljahres ab 5 Jahren vor der bisherigen Grundschulzeit aus.
- 3. Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen.** Schulsozialarbeit ist ein bewährtes Instrumentarium, um Konflikte zu vermeiden und aufzulösen, die Verständigung und das soziale Miteinander unter Kindern und Jugendlichen zu fördern sowie beginnende kriminelle Karrieren frühzeitig positiv zu beeinflussen. Schulsozialarbeiter nehmen dabei eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Schülern, Lehrern, Eltern, Beratungsstellen und Behörden ein und wirken durch ihre Arbeit nachhaltig positiv auf das soziale Klima der Schulen ein. Die Junge Union bedauert deshalb den vor einigen Jahren von der Landesregierung vollzogenen Rückzug aus der Förderung der Schulsozialarbeit und fordert die Einrichtung neuer Förderprogramme in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Besondere Beachtung sollte dabei in Zukunft u.a. auch die steigende Zahl weiblicher Täterinnen im Bereich der Jugendgewalt und -kriminalität finden. Die Junge Union spricht sich hier für die Entwicklung spezifischer Präventionskonzepte aus, um diesem neuen Phänomen frühzeitig und entschieden entgegenzuwirken.
- 4. Kommunale Jugendarbeit vernetzen und fördern.** Die Menschen in den Städten und Gemeinden im Land sehen sich zunehmend mit dem Problem von nächtlichen Ruhestörungen, Vandalismus und Schlägereien von jugendlichen Gruppen konfrontiert. Häufig ist dies nicht zuletzt Ausdruck von Langeweile, mangelndem Zugehörigkeitsgefühl und Perspektivlosigkeit. Die kommunale Jugendarbeit ist hier ein Ansatzpunkt, um Kindern und Jugendlichen frühzeitig andere sinnvolle Betätigungsmöglichkeiten zu bieten. Die Junge Union fordert daher die Kommunen auf, in Zusammenarbeit mit den Kirchen und Vereinen entsprechende Angebote wie Jugendhäuser und Mobile Jugendarbeit zu schaffen und auszubauen. Darüber hinaus sind Plattformen zur Koordination der örtlichen Jugendarbeit einzurichten, auf denen die öffentlichen und die privaten Aktivitäten zur Kriminalitätsprävention koordiniert und mit Schulen, der Polizei und der Verwaltung vernetzt werden können.

5. **Konsequenter Kampf gegen Drogen.** Gerade in den letzten Jahren neigt die gesellschaftliche Diskussion immer mehr zur Verharmlosung „weicher“ Drogen wie Cannabis und Marihuana, während neue Studien gerade die Gefährlichkeit dieser Stoffe als Einstiegsdrogen wie auch für die Persönlichkeitsentwicklung aufzeigen. Die Junge Union wendet sich deshalb gegen die von den Staatsanwaltschaften und Gerichten mittlerweile faktisch durchgeführte Legalisierung „weicher“ Drogen. In Zukunft muss auch wieder der Besitz dieser Suchtmittel ernsthaft und entschieden strafrechtlich verfolgt werden und an die Fahrerlaubnisbehörden gemeldet werden.
6. **Alkoholmissbrauch eindämmen.** Dem exzessiven Missbrauch von Alkohol muss entschieden entgegenwirkt werden. Die Junge Union spricht sich für präventive Maßnahmen aus, um Suchterkrankungen im Bereich des Alkohols bereits vor ihrer Entstehung entgegenzuwirken. Gerade Jugendliche decken sich oftmals nachts spontan mit Alkohol ein. Die Junge Union plädiert daher für ein generelles Verkaufsverbot von Alkohol im Handel in der Zeit von 22.00 bis 05.00 Uhr und fordert gleichzeitig eine allgemeine Pflicht des Altersnachweises beim Erwerb von Alkoholika. Ferner appelliert die Junge Union an die Gastronomen an stark alkoholisierte Jugendliche keinen weiteren Alkohol auszuschenken.
7. **Strafverfolgung beschleunigen.** Oftmals dauert es heute sehr lange, bis ein Jugendlicher nach einer von ihm begangenen Straftat eine staatliche Sanktion wahrnimmt. Soll eine Strafe jedoch noch einer Tat zugeordnet werden und damit Wirkung entfalten können, so muss sie unmittelbar auf die Tat folgen. Die Junge Union fordert deshalb die deutliche Verkürzung der Verfahrensdauer. Zwischen Tat und Sanktion sollten nicht mehr als zwei Monate verstreichen. Darüber hinaus unterstützt die Junge Union ausdrücklich Konzepte wie beispielsweise das Stuttgarter „Haus des Jugendrechts“ und fordert die Landesregierung auf, weitere vernetzte Institutionen einzurichten.
8. **Jugendlichen früher Grenzen aufzeigen.** Angesichts immer mehr im Schutze der Strafunmündigkeit begangener Taten plädiert die Junge Union für eine Reform des Jugendstrafrechts. Schon bei Tätern zwischen 7 und 14 Jahren gilt es, strafbare Handlungen mit vor allem erzieherischen Maßnahmen zu ahnden und ihnen auf diesem Wege Grenzen aufzuzeigen. Dabei geht es nicht darum Kinder einzusperren, sondern auf ihre positive Entwicklung hinzuwirken. Ab dem 14. Lebensjahr greifen dann auch künftig die verschärften Sanktionsmechanismen des Jugendstrafrechts, das um die Möglichkeit eines „Warnschussarrests“ erweitert werden muss.
9. **Volljährigkeit Ernst nehmen.** Der Großteil der Straftäter zwischen 18 und 21 Jahren wird derzeit von den Gerichten nach Jugendstrafrecht behandelt. Dabei wird den Straftätern oft nicht klar, dass sie dennoch für Ihre Taten die volle Verantwortung zu tragen haben. Mit der Volljährigkeit hat ein junger Mensch aber sowohl alle gesellschaftlichen Rechte und Pflichten wie auch die vollumfängliche Verantwortung für sein Handeln. Die Junge Union fordert deshalb die Abschaffung des Heranwachsendenstatus und die Ergänzung des Strafkatalogs des Strafgesetzbuchs um ausgewählte erzieherische Maßnahmen.
10. **Führerscheinentzug ermöglichen.** Für die meisten jungen Menschen ist der Führerschein und die damit verbundene Mobilität ein wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität. Bei der Begehung der ersten Straftaten in einem jungen Leben erfolgt in der Regel derzeit keine spürbare staatliche Reaktion. Eine Sanktion muss aber gerade am Beginn einer kriminellen Karriere auch als solche erkennbar sein und wirken. Die Junge Union fordert deshalb den Entzug der Fahrerlaubnis als eigenständige Strafe einzuführen und damit die Kopplung an eine Verkehrsgeneignetheit einer Straftat aufzuheben.